

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Jörn Felbier
Ausschussmitglied Byrte Janßen
Ausschussmitglied Jasmin Tegge

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Björn Heinisch
Ausschussmitglied Howard Jacques
Ausschussmitglied Hermann Stolle

Mitglied Gruppe Grüne/WBV/Piraten

Ausschussvorsitzender Stefan Becker

Mitglied BASU-Fraktion

Ausschussmitglied Barbara Ober-Bloibaum bis Punkt 2.5

Mitglied FW-Fraktion

Grundmandat Frank Uwe Walpurgis

es fehlte entschuldigt

Stellv. Ausschussvorsitzende Katja Breuer

von der Verwaltung

Jens Stoffers
Gerd-Dieter Mönck
Ellen Seehausen
Dagmar Müller

Erster Stadtrat
Fachbereichsleitung 10
Gleichstellungsbeauftragte
Protokollführerin

als Gast

Dr. Michael von Teichman

FDP-Fraktion

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Vorlagen an den Rat
 - 2.1 Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis – Michael Feist **14/2012**
 - 2.2 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis - Lars Schomburg **15/2012**
 - 2.3 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Kai Konken **16/2012**
 - 2.4 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Michael Feist **20/2012**
 - 2.5 Antrag Ratsherr Dr. von Teichman zur Haushaltssicherung **33/2012**
- 3 Mitteilungen und Anfragen

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Bevor der Ausschussvorsitzende Herr **Stefan Becker** die Sitzung eröffnete und die Beschlussfähigkeit feststellte, bat **Herr Stoffers** kurz darum, die anwesenden MitarbeiterIn der Verwaltung vorzustellen.

Herr Becker wies auf die Nachtragseinladung mit den beiden zusätzlichen Beschlussvorlagen hin.

Zu Beginn der Tagesordnung stellte **Herr Mönck** den Mitgliedern des Ausschusses in einer kurzen Power-Point Präsentation (siehe Anlage zur Sitzung) den Fachbereich Zentrale Dienste (10) dar. **Herr Mönck** sprach über die neu beschlossene Dezernatsverteilung zum 01.01.2012 und dem künftigen Zusammenwachsen der Bereiche Zentrale Dienste und Rechtsamt zum Referat 1. Er stellte die einzelnen Abteilungen des Fachbereichs sowie deren Aufgabengebiete vor und erwähnte dabei auch die Verwaltungsstelle Sengwarden, die organisatorisch an diesen Fachbereich geknüpft sei. Er ging insbesondere auf den bestehenden Einstellungsstopp, Stellenbewertungen, Stellenpläne, Dienstvereinbarungen mit dem Personalrat, das Dokumentenmanagementsystem in seiner Pilotphase, die Personalentwicklung, Aus- und Fortbildung sowie das Betriebliche Gesundheitsmanagement im Hinblick auf den Demographischen Wandel ein.

Später kam **Herr Mönck** dann auf das Thema „Zentrales Personalkostencontrolling“ zu sprechen, das sich von der Haushaltsplanung bis hin zu den Personalkostenberichten beschäftigt. Zudem berichtete er über die besondere Situation des Jobcenters. Diese Einrichtung habe kein eigenes Personal. Zur Hälfte würde es von der Bundesagentur für Arbeit, zur anderen Hälfte durch die Stadt Wilhelmshaven gestellt werden. Diese Personalgestellung sowie deren finanzielle

Abwicklung der Personalkosten werden auch im Fachbereich 10 durchgeführt.

Herr Jacques bat darum, ein Organigramm vorzulegen, welches den Ausschussmitgliedern vereinfacht, das Erzählte nachzuvollziehen. **Herr Mönck** sagte zu, dies als Anlage dem Protokoll beizufügen. Daraufhin bat **Herr Felbier**, den aktuellen Stellenplan ebenfalls als Datei anzuhängen.

In diesem Zusammenhang bat **Herr Felbier** um Information über eine Organisationsbesprechung in der Angelegenheit „Verwaltungsstelle Sengwarden“. **Herr Stoffers** bestätigte, dass die Verwaltung zu diesem Thema einen Vorschlag im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts erarbeitet habe, der zunächst mit dem Ortsbürgermeister und den Fraktionsvorsitzenden in Sengwarden besprochen werden müsse. Im Anschluss daran gäbe es dann eine öffentliche Sitzung des Ortsrates. **Herr Stoffers** bat um Nachsicht, keine weiteren Details darüber zu erklären, da dies vorrangig Thema in Sengwarden und dem Ortsrat sei. Er hoffe jedoch auf eine einvernehmliche Lösung.

Nach weiteren kurzen Fragen fuhr **Herr Mönck** mit seiner Präsentation fort. Er bezog sich auf die einzelnen Folien und führte aus, dass zurzeit ca. 30 MitarbeiterInnen im Fachbereich Zentrale Dienste mit den aufgeführten Aufgaben beschäftigt seien. (umgerechnet ca. 26,3 Vollzeitäquivalente).

Im Anschluss daran erläuterte er, in welchem Umfang die Zentralen Dienste auch für andere Bereiche tätig sind, wie z.B.: die 3 Eigenbetriebe GGS, SDW und TBW – durch Geschäftsbesorgungsverträge z.B.: Stadtwerke GmbH, Verkehrsgesellschaft GmbH, VHS und Musikschule gGmbH, GAQ, Nationalparkzentrum und einige kleinere Vereine.

Weiter kam **Herr Mönck** auf die finanziellen Aufwendungen des FB 10 zu sprechen. Man müsse bei den Kosten stark unterscheiden zwischen a) den eigentlichen Aufwendungen des FB 10 und b) den zusätzlichen Abwicklungen, die über diesen Fachbereich im Haushaltsplan laufen würden. Hier erwähnte er die Kosten für die Verwaltungsstelle Sengwarden, die Aufwendungen des Personalrates, die Abwicklung der Personalkosten des Jobcenters sowie der GAQ, Ausbildungskosten und die Altersteilzeitkosten in der Freistellungsphase. Aus diesem Grunde würde man im Haushalt 2012 Aufwendungen von 11,4 Mio. und Erträge von 5 Mio. Euro finden. Abschließend bestätigte **Herr Mönck**, dass man sich in nächster Zeit im PGL näher mit den Aufgaben und Aufwendungen beschäftigen würde und dankte den Ausschussmitgliedern für ihre Aufmerksamkeit.

Herr Stoffers unterstrich abschließend die Aufgabe als Zentraler Dienstleister für eine Vielzahl von Gesellschaften und ging dabei nochmals auf die Besonderheit der Institution Jobcenter und den damit verbundenen Schwierigkeiten des Zusammenwachsens von Personal Stadt und Arbeitsagentur ein.

Frau Ober-Bloibaum bat die Verwaltung um Information, ob darüber nachgedacht würde, erneut eigene Reinigungskräfte (z.B. in den Schulen) einzustellen und auf Fremdfirmen zu verzichten. **Herr Stoffers** führte dazu aus, dass in der Zeit als der Ratsbeschluss gefasst wurde, eigenes abgehendes Reinigungspersonal durch Fremdfirmen zu ersetzen, der Fachbereich Zentrale Dienste zuständig gewesen sei. Mit Gründung des Eigenbetriebes GGS seien die Reinigungskräfte sowie auch die Schulhausmeister in diesen Betrieb übergegangen. Für neue Konstruktionen sei nunmehr GGS mit seinem Werksausschuss verantwortlich. **Herr Stoffers** berichtete allerdings auch über eine ihm bekannte Erprobungsphase eines Projektes der GGS,

erneut eigenes Personal mit Fremdfirmen gegenüberzustellen und zu vergleichen. Aufgrund der extrem zugenommenen Fremdvergaben haben die Tarifvertragsparteien entsprechend reagiert und untere Tarifgruppen eingeführt, um den öffentlichen Dienst wettbewerbsfähiger zu gestalten.

Herr Walpurgis bat um nähere Informationen zu dem bereits angesprochenen Bereich Arbeitsschutz / Arbeitssicherheit und Fremdvergabe. **Herr Mönck** führte dazu aus, dass sich auf dem Markt viele Firmen anbieten würden, die sich mit dieser Materie beschäftigen würden. Seit 2005 habe die Stadt diese Aufgabe fremdvergeben. Seinerzeit wurden selbstverständlich Vergleichsberechnungen aufgestellt. **Herr Mönck** sagte zu, dass er in der nächsten Sitzung entsprechendes Zahlenmaterial liefern würde. Die Firma Asitec führe diese Tätigkeit gut aus und dieses auch zu einem vernünftigen Preis. Die Verwaltung habe mit dieser Firma sehr gute Erfahrungen gemacht und somit damals die richtige Entscheidung getroffen. **Herr Mönck** berichtete weiter über Herrn Will als städtischen Betriebsarzt, der zur einen Hälfte für die Stadt, zur anderen für das Reinhard-Nieter-Krankenhaus arbeite und finanziert werde.

Herr Becker führte die Ausschussmitglieder zurück zur Tagesordnung. Im Zusammenhang mit den ersten Beratungspunkten informierte **Herr Stoffers** über die Einrichtung der Freiwilligen Feuerwehr und Ernennung und Entlassung von Ehrenbeamten. Im PGL würden regelmäßig Beschlussvorlagen des Rates behandelt, die diese getroffenen Entscheidungen aus den Sitzungen der Ortsfeuerwehren rechtmäßig umsetzen.

2 Vorlagen an den Rat

2.1 Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis – Michael Feist 14/2012

Herr Becker stellte nunmehr die nächsten Beschlussvorlagen vor.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Der Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Heppens, Herr Michael Feist, wird mit Ablauf des 31.03.2012 aus dem Ehrenbeamtenverhältnis zur Stadt Wilhelmshaven entlassen.

2.2 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis - Lars Schomburg 15/2012

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Der bisherige stellvertretende Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Heppens, Herr Lars Schomburg, wird gem. § 13 Niedersächsisches Brandschutzgesetz mit Wirkung vom 01.04.2012 bis zum 31.03.2018 zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Heppens im Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

2.3 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Kai Konken 16/2012

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Herr Kai Konken wird gem. § 13 Niedersächsisches Brandschutzgesetz mit Wirkung vom 01.04.2012 bis zum 31.03.2018 zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der

Ortsfeuerwehr Heppens im Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

2.4 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Michael Feist

20/2012

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Herr Michael Feist, geb. 31.08.1972, wird gem. § 13 Niedersächsisches Brandschutzgesetz mit Wirkung vom 01.04.2012 bis zum 31.03.2018 zum Stadtbrandmeister im Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

2.5 Antrag Ratsherr Dr. von Teichman zur Haushaltssicherung

33/2012

Herr Becker stellte die aus der Nachtragseinladung unter Punkt 2.5 eingefügte Beschlussvorlage vor und bat **Herrn Stoffers** um kurze Hintergrundinformation. Dieser Antrag sei von Herrn Dr. von Teichman im Rahmen der Haushalts-Finanzausschusssitzung im letzten Jahr eingebracht worden. Da sich der Rat jedoch nicht zu einer inhaltlichen Entscheidung durchringen konnte, sind verschiedene Vorschläge in die Ausschüsse zur Beratung zurückgegeben worden. **Herr Stoffers** bat somit den anwesenden Herrn Dr. von Teichman, seinen Vorschlag selbst zu kommentieren.

Herr Dr. von Teichman berichtete über die Haushaltsdefizite der letzten Jahre. Er habe sich Gedanken über die Haushaltskonsolidierung gemacht und daher 2010 einen umfangreichen Katalog von Vorschlägen in den Rat eingebracht. Diesen Katalog habe er auch bei den Haushaltsberatungen im November mit entsprechenden Modifikationen vorgelegt.

Dieser Teil seines Kataloges sei nunmehr in den PGL zur Beratung gekommen, da es sich um Regelungen für Beschäftigte handelt. Die Überlegung zu diesem Vorschlag war die, eine Vereinbarung mit dem Personalrat zu treffen, die Tarifvereinbarungen für eine Zeit auszusetzen und damit Luft für den Haushalt zu schaffen. In der freien Wirtschaft seien solche Dinge durchaus umgesetzt worden. Er sei sich über die Regelungsumstände mit den Tarifvertragsparteien bewusst, aber könne sich für prekäre Situationen eine „Öffnungsklausel“ vorstellen. Er erwähnte, dass schwierig durchgesetzte Steuererhöhungen von Personalkosten aufgefressen würden. Abschließend bat **Herr Dr. von Teichman** die Ausschussmitglieder, diesen Vorschlag auf Einsparung zu überdenken.

Herr Jacques führte kurz dazu aus, dass Überlegungen hinsichtlich Einsparmöglichkeiten immer notwendiger würden. Ob das aber gerade im personellen Bereich immer angebracht sei, bleibe fragwürdig. Er sprach über Einbußen von Motivation der Mitarbeiter aufgrund der bisherigen Tarifabschlüsse und vom Mangel an Verjüngung der Mitarbeiter durch Reduzierung von Einstellungen.

Herr Stoffers führte dazu aus, dass weder die Verwaltung noch der Personalrat Tarifvertragsparteien seien, die über Inhalte von Tarifverträgen verhandeln und bestimmen können. Man sei auf örtlicher Ebene nicht in der Lage, Tarifverträge auszusetzen oder zu verändern. Ganz im Gegenteil müsse die Verwaltung heute über attraktivere Arbeitsbedingungen nachdenken, da geeignetes Fachpersonal im öffentlichen Dienst kaum noch zu bekommen sei.

Nach abschließender Diskussion der **Herren Dr. von Teichman, Walpurgis, Felbier** und **Stoffers** über Fürsorgepflicht, Gegenmaßnahmen zum demographischen Wandel sowie juristischer Schwierigkeiten bei Umsetzung eines solchen Vorschlags wurde abgestimmt.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Nr. 8: „Mit dem Personalrat wird Verzicht auf Erfüllung des Tarifvertrages vereinbart, keine Gehaltssteigerung für zwei Jahre“.

Der Antrag ist aus Rechtsgründen abzulehnen, da weder die Stadt Wilhelmshaven noch der Personalrat Tarifvertragsparteien sind, die ein Abweichen von gültigen Tarifverträgen vereinbaren könnten.

3 Mitteilungen und Anfragen

B Nichtöffentlicher Teil

Ende der Sitzung 16:40 Uhr

Jens Stoffers
Erster Stadtrat

Stefan Becker
Ausschussvorsitzender

Dagmar Müller
Protokollführerin